

THOMAS HENNINGER

Europäisches Privatrecht und Methode

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

224

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

224

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Thomas Henninger

Europäisches Privatrecht und Methode

Entwurf einer rechtsvergleichend gewonnenen
juristischen Methodenlehre

Mohr Siebeck

Thomas Henninger, geboren 1976; Studium der Rechtswissenschaft in Freiburg i.Br., Grenoble und Berlin; 2005 DEA in Genf; 2008 Promotion in Genf; Referendar am OLG München.

e-ISBN PDF 978-3-16-151409-8

ISBN 978-3-16-149866-4

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2009 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Genf im Wintersemester 2008 als Dissertation angenommen. Sie wurde am 14. Mai 2008 öffentlich vor einem Professorenkollegium bestehend aus Professor Thomas Kadner Graziano, Professor Axel Flessner, Professor Benedikt Winiger und Professor Christine Chappuis verteidigt. Das entsprechende Manuskript wurde Ende September 2007 abgeschlossen und eingereicht. Dieser Zeitpunkt entspricht dem Stand der Arbeit Ende 2007. Neuere Entwicklungen hinsichtlich des Europäischen Privatrechts und des Gemeinsamen Referenzrahmens konnten bis zum 31. Mai 2009 berücksichtigt werden. Der Stand der jeweiligen Methodenlehren wurde auf seine Aktualität im Jahr 2009 überprüft.

Meinem Doktorvater, Professor Thomas Kadner Graziano, danke ich herzlich für seine engagierte Betreuung, die vielen Anregungen und die Freiheit, die er mir bei der inhaltlichen Bearbeitung des Themas ließ. Den Anstoß zu dieser Arbeit gab die Abschiedsvorlesung von Professor Axel Flessner an der Humboldt-Universität zu Berlin mit dem Aufruf zu einer Europäisierung der Methode des Privatrechts. Eingeflossen sind auch Anregungen aus der Teilnahme an einem von Prof. Bernhard Schlink im Jahr 2002 organisierten deutsch-amerikanischen Austauschseminar der Humboldt-Universität mit der *Rutgers School of Law* in Camden zum Thema „Rechtsanwendung und Gewaltenteilung“ und an einer *Summer School in English Legal Methods* an der Universität Cambridge im Jahr 2005, welche jeweils vom DAAD gefördert wurden. Erste Ansätze einer Rechtsvergleichung im Rahmen der juristischen Methode waren dann Gegenstand meines *Diplôme d'Etudes Approfondies* im Hinblick auf die Methodenlehre in der Schweiz, Frankreich und Deutschland, welches im Jahr 2005 mit dem Preis Arditì für die beste rechtswissenschaftliche Abschlussarbeit der Fakultät ausgezeichnet wurde. Weitere Anregungen fand die Arbeit durch ein im Wintersemester 2006/2007 organisiertes Graduiertenseminar der westschweizerischen Universitäten zur Internationalisierung des Rechts in Cartigny. In diesem Rahmen wurde die Internationalisierung des Rechts durch die juristische Methode zur Diskussion gestellt. Bei den dieses Seminar betreuenden Professoren Thomas Kadner, Christine Chappuis und Benedikt Foëx möchte ich mich herzlich bedanken. Weitere Anregungen hat die

schriftliche Endfassung durch die Kommentare der Prüfungskommission erhalten.

Mein weiterer Dank gebührt Herrn Professor Jürgen Basedow für die Aufnahme in die Schriftenreihe, Frau Irene Heinrich für die redaktionellen Anmerkungen und Frau Jana Tripsel sowie Frau Anna Krüger für die editorielle Hilfe. Ebenso danke ich meinen Assistentenkollegen für die inhaltlichen und formellen Anregungen insbesondere Christoph Oertel, Matthias Erhardt, Yaniv Benhamou, Carole Mounier, Dr. Konstanze Brieskorn und Dr. Thomas Schultz sowie Claudine Zbinden und Esther Pralong für deren Unterstützung. Ferner danke ich in diesem Sinne den Herren Walter Schamböck, Andrew Ertl und Dr. Jens Düsel. Ganz besonderer Dank gebührt meinen Eltern Walter und Paula Henninger, die mir bei der Erstellung und Korrektur des Manuskripts äußerst behilflich waren.

München, im Mai 2009

Thomas Henninger

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
A. Einleitung: Fallstudie, Ziel und Vorgehensweise	1
B. Begriffsklärung.....	29
I. Europäisches Privatrecht	29
II. Methodenlehre	41
C. Rechtsfindung in europäischen Staaten und am EuGH.....	45
I. Methodenlehre in Deutschland	45
II. Methodenlehre in der Schweiz	76
III. Methodenlehre in Österreich.....	100
IV. Methodenlehre in Frankreich.....	113
V. Methodenlehre in Spanien	149
VI. Methodenlehre in Portugal	163
VII. Methodenlehre in Italien	168

VIII. Methodenlehre in den Niederlanden.....	176
IX. Methodenlehre in Osteuropa.....	180
X. Methodenlehre in den skandinavischen Ländern	191
XI. Methodenlehre in England.....	196
XII. Methodenlehre am EuGH.....	264
D. Europäische Methodenlehre.....	323
I. Rahmenbedingungen einer europäischen Methodenlehre.....	324
II. Rechtsquellen des europäischen Privatrechts.....	337
III. Rechtsanwendung: Konkretisierung der Rechtsquellen	372
IV. Gesetzliche Regelung der Auslegung?.....	437
E. Entwurf einer Methodennorm und Zusammenfassung.....	445
Literaturverzeichnis	449
Quellenverzeichnis.....	473
Stichwortverzeichnis.....	489

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXV
A. Einleitung: Fallstudie, Ziel und Vorgehensweise	1
B. Begriffsklärung	29
I. Europäisches Privatrecht	29
1. Kurzer Überblick über die Geschichte der europäischen Privatrechte.....	29
2. Entstehen eines europäischen Privatrechts – Europäisches Zivilgesetzbuch und CFR	32
3. Abgrenzung des europäischen Privatrechts vom europäischen Gemeinschaftsprivatrecht	39
II. Methodenlehre	41
1. Methodenlehre in der Wissenschaft	41
2. Methodenlehre in der Rechtswissenschaft.....	42
3. Juristische Methodenlehre in der Praxis und als Gegenstand dieser Untersuchung.....	43
C. Rechtsfindung in europäischen Staaten und am EuGH.....	45
I. Methodenlehre in Deutschland	45
1. Gesetzliche Grundlagen: Richterliche Rechtsanwendung nach Art. 20 Abs. 3 GG	45

2. Urteil im Bereich der Methodenlehre am Beispiel des BVerfG.....	46
a) Der Soraya-Beschluss des BVerfG vom 14. Februar 1973	46
b) Stellungnahme: Überwindung des Rechtspositivismus.....	48
3. Methodenlehre in Rechtsprechung und Rechtslehre.....	48
a) Entwicklung der Zivilrechtsmethodik in Deutschland	48
b) Rechtsquellenlehre.....	51
c) Auslegungsziel: Vereinigungslehre des BVerfG	53
d) Auslegungskriterien: Fester Auslegungskanon.....	54
(1) Sprachlich-grammatikalische Auslegung	55
(2) Historische Auslegung	56
(3) Systematische Auslegung	58
(4) Teleologische Auslegung.....	59
(5) Rangfolge der Auslegungskriterien: Tendenz zur teleologischen Auslegung	61
e) Richterliche Rechtsfortbildung: Strikte Abgrenzung zur Auslegung	63
f) Prinzipiell keine Rechtsquellen: Rechtsprechung und rechtswissenschaftliche Literatur	67
(1) Präjudizien: Rechtsquelle nur in Form von Gewohnheitsrecht	67
(2) Rechtswissenschaftliche Lehre und allgemeine Rechtsgrundsätze	72
4. Stellungnahmen zur Aufgabe von deutschen Richtern: Methodenwandel	73
5. Vergleich zur Methodenlehre in Griechenland	74
6. Zusammenfassung zur Methodenlehre in Deutschland	75
 II. Methodenlehre in der Schweiz	76
1. Gesetzliche Grundlagen: Rechtsanwendung nach Art. 1 ZGB	76
2. Urteil im Bereich der Methodenlehre am Beispiel des Bundesgerichts	77
a) Urteil des Bundesgerichts zu Art. 80 Abs. 1 URG n.F. vom 13. Januar 1998	77
b) Stellungnahme: Methodenpluralismus unter Beachtung der Rechtsvergleichung	78
3. Methodenlehre in Rechtsprechung und Rechtslehre.....	79
a) Entwicklung der Zivilrechtsmethodik in der Schweiz.....	79
b) Rechtsquellen und Auslegungshilfen	81
c) Auslegungsziel: Objektiv-historisch.....	82
d) Auslegungskriterien: Art. 1 Abs. 1 ZGB und Auslegungskanon	84
(1) Auslegung nach dem Wortlaut	84
(2) Systematische Auslegung	86

(3) Historische Auslegung	86
(4) Teleologische Auslegung	87
(5) Rechtsvergleichende Auslegung	88
(6) Rangfolge der Auslegungselemente: Methodenpluralismus	89
e) Gebundenes Richterrecht: Analogie und Argumentformen	90
f) Gesetzesübersteigendes Richterrecht: Freie Rechtsfindung nach Art. 1 Abs. 2 ZGB	91
g) Hilfsmittel der Auslegung nach Art. 1 Abs. 3 ZGB	92
(1) Rechtsprechung und Präjudizien: Beschränkte Befolgungspflicht	92
(2) Rechtswissenschaftliche Literatur und Rechtsvergleichung.	95
h) Billigkeitsrechtsprechung bei gesetzlichem Verweis gemäß Art. 4 ZGB	97
4. Stellungnahme zur Aufgabe des schweizerischen Richters: Gesetzgeberische Methode	98
5. Zusammenfassung zur Methodenlehre in der Schweiz.....	98
 III. Methodenlehre in Österreich.....	100
1. Gesetzliche Grundlagen: Methodennormen in §§ 6 ff. ABGB	100
2. Urteil im Bereich der Methodenlehre am Beispiel des OGH.....	101
a) Das Urteil des OGH vom 25. November 1997 zur Bedeutung von § 12 ABGB	101
b) Stellungnahme: Anerkennung einer subsidiären Bindungswirkung von Präjudizien	102
3. Methodenlehre in Rechtsprechung und Rechtslehre.....	103
a) Historische Einführung in die österreichische Methodenlehre	103
b) Rechtsquellen	104
c) Auslegungsziel: Subjektiv-objektiv	105
d) Auslegungskriterien: § 6 ABGB	105
(1) Wortlautauslegung (grammatikalische Auslegung)	105
(2) Systematische Auslegung (grammatikalisch-logische Auslegung)	106
(3) Historische Auslegung (Sinninterpretation)	106
(4) Objektiv-teleologische Auslegung	106
(5) Rangfolge der Auslegungskriterien: Zusammenspiel der Auslegungskriterien.....	107
e) Rechtsfortbildung: Analogie und allgemeine Rechtsgrundsätze nach § 7 ABGB.....	107
f) Präjudizien und rechtswissenschaftliche Literatur: § 12 ABGB	109
4. Stellungnahme zur Aufgabe von Richtern: Rückkehr zu allgemeinen Grundsätzen.....	110

5. Fortgeltung der österreichischen Auslegungsnormen im liechtensteinischen Zivilrecht.....	110
6. Zusammenfassung zur Methodenlehre in Österreich.....	111
IV. Methodenlehre in Frankreich.....	113
1. Gesetzliche Grundlagen: Rückschlüsse aus Art. 4 und 5 franz. CC.....	113
2. Urteil im Bereich der Methodenlehre am Beispiel des Kassationshofs.....	114
a) Urteil des Kassationshofs vom 2. April 1997 zur Begründungspflicht von Urteilen.....	116
b) Stellungnahme: Urteil als Subsumtion unter den Gesetzestext	117
3. Methodenlehre in Rechtsprechung und Rechtslehre.....	117
a) Allgemeines und Geschichte zum Zivilrecht und der Methodenlehre in Frankreich.....	117
(1) Entstehung und Bedeutung des Code civil	117
(2) Die französische Methodenlehre: École de l'exégèse und libre recherche scientifique	120
b) Rechtsquellenlehre.....	123
c) Auslegungsziel: Von der volonté générale zum historisch- evolutiven Auslegungsziel.....	126
d) Auslegungskriterien: Kein fester Auslegungskanon.....	127
(1) Grammatikalische Auslegung (interprétation grammaticale).....	128
(2) Logische Auslegung (interprétation logique)	129
(a) Logisch-systematische Auslegung	130
(b) Auslegung nach den Gesetzesmaterialien (travaux préparatoires).....	131
(c) Argumentformen: Analogie, Umkehrschluss und Größenschluss (procédés logiques).....	132
(d) Auslegung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen (interprétation selon principes)	133
(3) Ergänzung in der modernen Methodik durch objektivierende Auslegungskriterien	134
(a) Objektiv-soziologische Auslegung der libre recherche scientifique	134
(b) Historisch-evolutive Auslegung nach Saleilles mit Zustimmung der Rechtsprechung.....	135
(c) Moderne Auffassungen in Anlehnung an die historisch-evolutive Auslegung.....	136
(4) Rangfolge und Zusammenfassung der Auslegungskriterien	137

e) Richterliche Rechtsfortbildung: Keine Abgrenzung zur Auslegung	138
f) Präjudizien und rechtswissenschaftliche Literatur als Rechtsautoritäten	138
(1) Präjudizienbindung in Frankreich: Noch überwiegend keine Rechtsquelle	138
(2) Rechtswissenschaftliche Lehre mit argumentativer Wirkung (autorité de fait)	143
4. Stellungnahme zur Aufgabe des französischen Richters: Evolutive Methode	144
5. Vergleich mit der Methodenlehre in Belgien und Luxemburg.....	145
6. Zusammenfassung zur Methodenlehre in Frankreich	147
 V. Methodenlehre in Spanien	149
1. Gesetzliche Grundlagen: Regelung in Art. 1 ff. span. CC.....	149
2. Urteilsstil	151
3. Methodenlehre	151
a) Geschichte des Zivilrechts und der Methodenlehre in Spanien	151
b) Rechtsquellenlehre: Art. 1 span. CC.....	152
c) Auslegungsziel: Mens legislatoris und Mens legis	154
d) Auslegungskriterien: Modernisierter Auslegungskanon Savignys in Art. 3 Abs. 1 span. CC.....	154
(1) Wortlautauslegung (elemento textual, literal)	155
(2) Systematische Auslegung (contexto)	155
(3) Historisch-dynamische Auslegung (antecedentes históricos y legislativos).....	156
(4) Soziologische Auslegung (realidad social).....	156
(5) Teleologische Auslegung (elemento lógico, teleológico, finalidad)	157
e) Richterliche Rechtsfortbildung: Analogia, Equidad und allgemeine Rechtsgrundsätze	158
f) Präjudizienbindung: Ergänzende Rechtsquelle (Art. 1 Abs. 6 span. CC, doctrina legal)	159
g) Rechtswissenschaftliche Literatur als autoridad persuasiva	161
4. Zusammenfassung zur Methodenlehre in Spanien.....	162
 VI. Methodenlehre in Portugal	163
1. Gesetzliche Grundlagen: Auslegungsnormen in Art. 1 ff. port. CC.....	163
2. Auslegung im Rahmen der Methodennormen	164
a) Einordnung des portugiesischen Zivilrechts	165

b) Rechtsquellen nach Art. 1 ff. port. CC	165
c) Auslegungsziel und Auslegungskriterien nach Art. 9 port. CC	165
d) Richterliche Rechtsfortbildung: Analogie und gesetzgeberische Methode.....	166
e) Präjudizien: Aufhebung einer Kompetenznorm zur allgemeinverbindlichen Regelung.....	166
3. Zusammenfassung zur Methodenlehre in Portugal	167
VII. Methodenlehre in Italien	168
1. Gesetzliche Grundlagen: Methodennormen in Art. 1 ff., 12 EinfG ital. CC.....	168
2. Methodenlehre.....	169
a) Einführung in die italienische Zivilrechtsmethodik.....	169
b) Rechtsquellen: Direkte und indirekte Rechtsquellen.....	169
c) Auslegungsziel: Voluntas legis und voluntas legislatoris	170
d) Auslegungskriterien: Art. 12 Abs. 1 EinfG ital. CC.....	170
(1) Grammatikalische Auslegung (interpretazione letterale) ...	170
(2) Teleologische Auslegung (interpretazione teleologica).....	171
(3) Systematik (interpretazione sistematica)	171
(4) Konforme Auslegung (interpretazione adeguatrice)	171
(5) Historische Auslegung (interpretazione storica)	171
(6) Zusammenfassung der Auslegungskriterien	171
e) Richterliche Rechtsfortbildung: Art. 12 Abs. 2 EinfG ital. CC	172
f) Rechtsprechung und Präjudizien: Offizielle Leitsätze des Kassationshofs.....	173
g) Rechtswissenschaftliche Literatur: Zitierverbot	174
3. Zusammenfassung zur Methodenlehre in Italien	174
VIII. Methodenlehre in den Niederlanden.....	176
1. Gesetzliche Grundlagen	176
2. Niederländische Urteile: Abwendung vom französischen Urteilsstil	176
3. Methodenlehre.....	176
a) Geschichtliche Entwicklung des Zivilgesetzbuchs und der Methodenlehre	176
b) Rechtsquellenlehre: Primäre und sekundäre Rechtsquellen.....	178
c) Auslegungskriterien: Auslegungskanon	178
d) Richterliche Rechtsfortbildung: Keine strikte Abgrenzung	178
e) Präjudizien und rechtswissenschaftliche Literatur.....	179
4. Zusammenfassung zur Methodenlehre in den Niederlanden.....	179

IX. Methodenlehre in Osteuropa.....	180
1. Russland: Auslegung und Analogie gesetzlich geregelt.....	180
2. Lettland: Gesetzliche Regelung von Rechtsquellen, Auslegung und Rechtsfortbildung.....	181
3. Estland: Rechtsquellen, Auslegung und Analogie in Einleitungsvorschriften.....	183
4. Litauen: Regelung von Rechtsquellen, Leitprinzipien, Auslegung und Rechtsfortbildung.....	185
5. Polen: Keine Auslegungsvorschriften.....	187
6. Ungarn: Derzeit noch keine Neufassung des Zivilgesetzbuchs ...	187
7. Ukraine: Auslegungsnormen im Zivilgesetzbuch	188
8. Zusammenfassung zur Methodenlehre in Osteuropa	189
X. Methodenlehre in den skandinavischen Ländern	191
1. Auslegungsnormen: Regelung überwiegend durch die Praxis	191
2. Einführung in die skandinavische Methodenlehre	191
3. Methodenlehre in der Rechtsprechung und Rechtswissenschaft..	192
a) Rechtsquellen: Gesetze, Gewohnheitsrecht, Präjudizien und Natur des Falles	192
b) Auslegung: Klassische Auslegungskriterien und Natur des Falles	193
c) Richterliche Rechtsfortbildung: Keine strikte Abgrenzung zur Auslegung.....	194
d) Präjudizien und rechtswissenschaftliche Literatur: Zwischenstellung.....	194
4. Zusammenfassung zur Methodenlehre in Skandinavien	195
XI. Methodenlehre in England.....	196
1. Gesetzliche Grundlagen: Common Law und Human Rights Act von 1998	196
2. Urteil im Bereich der Methodenlehre am Beispiel des House of Lords	197
a) Die Entscheidung Re Spectrum Plus des House of Lords vom 30. Juni 2005	198
b) Stellungnahme: Zurückhaltung des englischen Richters bei der Rechtsfortbildung	200
3. Methodenlehre in der Rechtsprechung und Rechtslehre	202
a) Geschichte des Zivilrechts und der Methodik des Common Law in England	202
(1) Charakter des Zivilrechts Englands.....	202
(2) Historische Einführung in das Zivilrecht Englands	204

(3) Methodik des Zivilrechts in England	208
b) Rechtsquellenlehre: Common Law, Equity und Statutes	211
c) Auslegungsziel: Vom literal approach zum purposive approach	212
d) Auslegungsregeln: Literal rule, golden rule und mischief rule	215
(1) Frühere Auslegung nach der literal rule, golden rule und mischief rule	216
(a) Die klassische literal rule als Grundregel.....	216
(b) Begrenzung der literal rule durch die golden rule	217
(c) Begrenzung durch die mischief rule durch Auffinden des gesellschaftlichen Missstands.....	218
(2) Anpassung der literal rule durch Ausweitung der mischief rule	219
(a) Ausweitung der mischief rule auf eine generelle und positive Auslegungsregel.....	220
(b) Hilfsmittel zur Bestimmung des Missstands oder Gesetzesziels (aids to construction).....	221
(aa) Gesetzesinterne Auslegungshilfen (<i>internal aids</i>).....	221
(bb) Gesetzesexterne Auslegungshilfen (<i>external aids</i>) und <i>Pepper v. Hart</i>	222
(cc) Verbindliche Auslegungshilfen: Präjudizien	225
(c) Umwandlung in eine zweckorientierte Auslegung (purposive construction).....	226
(3) Änderung der Auslegung unter europäischem Einfluss.....	228
(a) Auslegung nach dem Human Rights Act von 1998 – grundrechtskonforme Auslegung	229
(b) Sonstige europäisch beeinflusste Auslegungskriterien ..	230
(4) Rangfolge der Auslegungskriterien: Wandel zum purposive approach.....	231
e) Richterliche Rechtsfortbildung beziehungsweise Auslegung im weiten Sinn.....	233
f) Präjudizien als Grundlage des Rechts	235
(1) Das Prinzip stare decisis – die formelle Reichweite der Bindungswirkung.....	237
(2) Ratio decidendi und obiter dictum – die materielle Reichweite der Bindungswirkung.....	241
(3) Praktische Umsetzung der materiellen Bindungswirkung ..	245
(a) Materielle Bindungskraft im Einzelfall	246
(b) Einschränkung der materiellen Bindungskraft durch Unterscheidung (<i>distinguishing</i>)	246
(c) Overruling und prospective overruling – neue Ansätze in der englischen Methode	247

(4) Theoretische Begründung der Rechtskraft von Präjudizien	249
(5) Praktische Gründe für die Präjudizienbindung und Stellungnahme.....	251
g) Rechtswissenschaftliche Literatur und andere Materialien.....	253
4. Stellungnahmen von Richtern: Vernetzungsaufgabe des Richters	254
5. Vergleich mit den USA, Irland und Schottland	254
a) Gemäßigte Präjudizienbindung in den USA durch Konstitutionalismus und Föderalismus.....	255
b) Abmilderung der Präjudizienbindung in Irland durch Unabhängigkeit und Verfassung	259
c) Mischsystem zwischen Common Law und Kontinentalrecht in Schottland.....	260
6. Zusammenfassung zur Methodenlehre in England	262
 XII. Methodenlehre am EuGH.....	264
1. Gesetzliche Grundlagen: Auftrag aus Art. 220 EGV	264
2. Urteil im Bereich der Methodenlehre am Beispiel des EuGH	265
a) Das CILFIT-Urteil des EuGH vom 6. Oktober 1982.....	266
b) Stellungnahme: Autonome, dynamische Auslegung	268
3. Methodenlehre am EuGH unter Berücksichtigung der gemeineuropäischen Rechtsliteratur	268
a) Grundbegriffe des Europarechts.....	268
(1) Einführung in das Europarecht: Die Europäischen Gemeinschaften.....	268
(2) Rechtsstatut der EG und der EU.....	270
(3) Zuständigkeit des EuGH in Auslegungsfragen.....	271
b) Rechtsquellenlehre: Primäres und sekundäres Europarecht.....	275
c) Auslegungsziel: Vereinigungstheorie	278
d) Auslegungskriterien: Grammatikalische, systematische und teleologische Auslegung	279
(1) Grammatikalische Auslegung.....	280
(a) Im Zweifel autonome Auslegung.....	280
(b) Sprachenvergleich.....	281
(2) Systematische Auslegung	282
(a) Auslegung nach dem systematischen Zusammenhang einer Norm.....	283
(b) Primärrechtskonforme Auslegung als Sonderfall der systematischen Auslegung.....	284
(3) Teleologische Auslegung	285
(a) Allgemeiner und spezieller Gesetzeszweck	286

(b) Ermittlung des Gesetzeszwecks in historischer Auslegung	287
(c) Effet utile und verwandte Auslegungsgrundsätze.....	289
(d) Dynamische Auslegung.....	290
(e) Sonderfall: Auslegung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen	291
(f) Besondere Auslegungsregeln (insbesondere <i>singularia non sunt extenda</i>)	292
(4) Sonderfall: Rechtsvergleichende Auslegung.....	293
(5) Zusammenwirken und Rangfolge der Auslegungskriterien	295
e) Richterliche Rechtsfortbildung als Auslegung im weiten Sinn	297
f) Präjudizienbindung und Rechtsquellencharakter von Urteilen des EuGH.....	302
g) Beachtung rechtswissenschaftlicher Literatur und andere Auslegungshilfen.....	306
4. Stellungnahme zur Aufgabe von Richtern: Methodenkonvergenz.....	307
5. Exkurs: Methodische Ableitungen des Europarechts für das nationale Recht	307
a) Gebot gemeinschaftstreuen Verhaltens	307
b) Unmittelbare Anwendbarkeit des Gemeinschaftsrechts.....	308
c) Vorlagepflicht bei Auslegungsschwierigkeiten von Gemeinschaftsrecht	311
d) Richtlinienkonforme Auslegung	311
e) Gemeinschaftskonforme Auslegung	314
f) Keine Überprüfung von Akten der Gemeinschaft auf ihre Verfassungsmäßigkeit.....	316
g) Zusammenfassung der Auswirkungen auf das nationale Recht	317
6. Vergleich mit den Auslegungsmethoden im Völkervertragsrecht	317
a) Methoden des Völkervertragsrechts.....	318
b) Anwendung der Methoden des Völkervertragsrechts auf die EU?	320
7. Zusammenfassung zur Methodenlehre am EuGH.....	321
D. Europäische Methodenlehre.....	323
I. Rahmenbedingungen einer europäischen Methodenlehre.....	324
1. Adressaten einer europäischen Methodenlehre	324
2. Besonderheiten des materiellen europäischen Privatrechts.....	325
a) Hindernisse für ein europäisches Privatrecht und für eine europäische Methodenlehre	325

(1) Fehlen einer einheitlichen Sprache in Europa: Sprachenvielfalt	325
(2) Fehlen einer einheitlichen Rechtskultur?	327
(3) Entstehen einer europäischen Rechtswissenschaft	331
b) Materielles europäisches Privatrecht und dessen Regelungszwecke	331
(1) Normen des europäischen Privatrechts	331
(2) Offener Systemcharakter des europäischen Privatrechts	332
(3) Autonomie und Regelungszwecke des europäischen Privatrechts	332
3. Institutionelle Voraussetzungen des europäischen Privatrechts: Einheitliches Gericht?	334
4. Europäische Methodenlehre in der rechtswissenschaftlichen Literatur	335
 II. Rechtsquellen des europäischen Privatrechts	337
1. Rechtsquellen – Verbindliche oder teilverbindliche Materialien der Rechtsfindung	338
a) Gesetzesrecht	340
(1) Verfassungen	340
(2) Europarecht	341
(3) Völkerrecht	342
(4) Formelles und materielles Gesetzesrecht	342
(5) Kollektive Normen, Satzungen	343
(6) Ausländisches Privatrecht?	343
(7) Zusammenfassung zum Gesetzesrecht als Rechtsquelle	344
b) Parteivereinbarungen, Gewohnheitsrecht und Rechtsgebräuche	345
c) Allgemeine Rechtsgrundsätze	348
(1) Generelle und rechtsvergleichende Herleitung der allgemeinen Rechtsgrundsätze	348
(2) Natur der allgemeinen Rechtsgrundsätze als vom Gesetz unabhängige Rechtsquelle	351
(3) Chancen und Risiken bei Rückgriff auf allgemeine Rechtsgrundsätze	352
(4) Sonderfall: Billigkeit (aequitas, équité, Equity, equidad) und Natur der Sache	355
d) Präjudizien als Rechtsquelle	357
(1) Präjudizien im Rechtsvergleich	357
(2) Die Bedeutung von Präjudizien im römischen Recht und im Völkerrecht	358

(3) Präjudizienbindung aus rechtstheoretischer Sicht: Gewaltenteilungslehre	359
(4) Denkbare Bedingungen für ein System mit Präjudizienbindung	363
(5) Idealform der Präjudizienbindung im europäischen Privatrecht?	364
e) Realien und Sozialstudien als Rechtsquelle?	366
f) Zusammenfassung und Rangfolge der Rechtsquellen.....	367
2. Auslegungshilfen – Zulässige Materialien der Auslegung mit Argumentativkraft	368
a) Rechtswissenschaftliche Literatur.....	368
b) Gesetzesmaterialien	369
c) Rechtsvergleichung und ausländische Rechtsquellen.....	369
d) Realien und Sozialstudien	369
e) Gesetzesüberschriften und Gliederungen	370
f) Ausblick	370
3. Thesen zu den Rechtsquellen: Zusammenwirken der Rechtsquellen	370
 III. Rechtsanwendung: Konkretisierung der Rechtsquellen	372
1. Anwendung und Auslegung des Gesetzes	372
a) Auslegungsziel – Grundlegender methodischer Ansatz der Auslegung	372
(1) Notwendigkeit der Bestimmung des Auslegungsziels	372
(2) Erkenntnisse aus dem Ländervergleich: Vermittelnde oder alternative Theorien	374
(3) Stellungnahme zur subjektiven und objektiven Theorie.....	375
(4) Vermittelnd objektiv-prinzipienorientierte Auslegung für das europäische Privatrecht.....	376
(5) Konformität mit den nationalen Lösungen und Europäisierungsziel	376
b) Auslegungskriterien – Elemente der Auslegung zur Erreichung des Auslegungsziels	377
(1) Brauchbarkeit von festen Auslegungskriterien.....	377
(2) Arten der Auslegungskriterien im Rechtsvergleich	379
(a) Wortlautauslegung	380
(b) Systematische Auslegung	384
(c) Historisch-dynamische Auslegung	387
(d) Teleologische und prinzipienorientierte Auslegung	389
(aa) Zweckbestimmung innerhalb der teleologischen Auslegung	391

(bb) Analogie und Reduktion innerhalb der teleologischen Auslegung	392
(cc) Allgemeine Rechtsgrundsätze innerhalb der teleologischen Auslegung	393
(e) Sonderfall: Rechtsvergleichende Auslegung	395
(aa) Stellung und Legitimation der rechtsvergleichenden Auslegung	395
(bb) Gegenstand und Anwendungsgebiete der rechtsvergleichenden Auslegung	398
(cc) Sonderfall: Rechtsvergleichende Auslegung als Teil der historischen Auslegung	401
(3) Rangfolge der Auslegungskriterien	402
c) Begründung des prinzipienorientierten Auslegungsansatzes ...	405
d) Vereinbarkeit mit nationalen Lösungen und dem europäischen Privatrecht	406
e) Zusammenfassung	407
f) Thesen zu den Auslegungskriterien: Rechtsquellen und Auslegungskriterien	407
2. Anwendung allgemeiner Rechtsgrundsätze und Analogie – Rechtsfortbildung	407
a) Zulässigkeit richterlicher Rechtsfortbildung	408
b) Notwendige Trennung von Auslegung und richterlicher Rechtsfortbildung?	409
c) Ersetzung der lückenorientierten Abgrenzung durch Einordnung in Rechtsbereiche	411
d) Rechtsanwendung nach Analogie und Reduktion	412
e) Rechtsanwendung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen	412
f) Grenzen der Rechtsanwendung nach Analogie und allgemeinen Rechtsgrundsätzen	416
g) Zusammenfassung zur Analogie und Anwendung allgemeiner Rechtsgrundsätze	418
3. Anwendung von Präjudizien – Normativität vorangegangener Gerichtsentscheidungen	418
a) Prinzipielle Erkenntnisse	419
b) Argumente für das Maß der Präjudizienbindung	419
c) Formen der Bindungswirkung: Persuasive authority und beschränkte Bindungswirkung	421
(1) Beschränkte Bindungswirkung im Sinne einer Beweislastumkehr	422
(2) Formelle Reichweite der beschränkten Bindungswirkung .	423
(3) Bestimmung der materiellen Reichweite der beschränkten Bindungswirkung	424

(4) Bindungswirkung im gesetzlich geregelten Bereich	424
(5) Ermittlung der anwendbaren Präjudizien – iura novit curia?	425
d) Auswirkungen auf Rechtsprechungsänderungen: prospective overruling?	426
e) Konformität mit den nationalen Rechtsordnungen und dem europäischen Privatrecht	428
f) Folgerungen: Beschränkte Bindungswirkung der ratio decidendi	429
g) Exkurs: Urteilsstil	429
h) Zusammenfassung zur Anwendung der Präjudizien	430
4. Anwendung der Auslegungshilfen: Auseinandersetzungspflicht und Gewichtung	431
a) Arten und Bezeichnung der Auslegungshilfen	431
b) Rechtswissenschaftliche Literatur	432
c) Gesetzesmaterialien	434
d) Ausländische Rechtsquellen	435
e) Soziologische Studien	435
f) Gesetzesüberschriften und Gliederungen	436
g) Zusammenfassung zu den Auslegungshilfen	436
IV. Gesetzliche Regelung der Auslegung?	437
1. Methodennormen im Rechtsvergleich	437
2. Abwägung der Vor- und Nachteile einer Methodennorm	439
3. Akzeptabilität einer Methodennorm	441
4. Rechtliche Verbindlichkeit einer europäischen Methodennorm ..	442
5. Vorgaben für Inhalt und Formulierung einer Methodennorm	442
 E. Entwurf einer Methodennorm und Zusammenfassung	445
 Literaturverzeichnis	449
 Quellenverzeichnis	473
 Stichwortverzeichnis	489

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Auffassung
a.F.	alte Fassung
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
ABl	Amtsblatt
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AC	Appeal Cases
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AG	Aktiengesellschaft
AJP/PJA	Aktuelle Juristische Praxis/Pratique juridique actuelle
All ER	All England Law Reports
allg.	allgemein
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
ApG	Apellationsgericht
Art.	Artikel/Article/Artículo/Artigo/Articulo
AS	(Amtliche) Sammlung der eidgenössischen Bundesgesetze und Verordnungen
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAG	(deutsches) Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BBl.	(schweiz.) Bundesblatt
Begr.	Begründer
Bd.	Band
BG	(schweiz.) Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGG	(schweiz.) Bundesgerichtsgesetz
BGH	(deutscher) Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BJM	Basler Juristische Mitteilungen
BK	Berner Kommentar
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BV	(schweiz.) Bundesverfassung
BVerfG	(deutsches) Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz

bzw.	beziehungsweise
CA	Court of Appeal
CC	Code civil (beziehungsweise Codice civile, Código civil)
C.Cass.	Cour de Cassation
C.const.	Conseil constitutionnel
C.E.	Conseil d'État
cf	confer
CFR	Common Frame of Reference
chr.	Chronique
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
Civ	Civil division
CMLR	Common Market Law Reports
CJ	Chief Justice
CJCE	Cour de Justice des Communautés Européennes
Corte cost.	(ital.) Corte costituzionale
CS.Cass.	(ital.) Corte Suprema de Cassazione
D.	Dalloz-Sirey
DAAD	Deutscher Akademischer Austausch Dienst
d.h.	das heißt
D.H.	Recueil hebdomadaire Dalloz
DACPC	Disposizioni per l'attuazione del Codice di Procedura Civile (Ausführungsvorschriften zur Zivilprozessordnung)
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	derselbe
deut.	deutsch
dies.	dieselben
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGTL	European Group on Tort Law
EinfG	Einführungsgesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum BGB
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EJCL	Electronic Journal of Comparative Law
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
ELR	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ERPL	European Review of Private Law
estn.	estnisch

EU	Europäische Union
EuBeweisVO	Verordnung des Rates über die Zusammenarbeit zwischen den Gerichten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Beweisaufnahme
EuEheVO	Verordnung des Rates über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuInsO	Europäische Verordnung über Insolvenzverfahren
EUR	Zeitschrift für Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZVO	Verordnung des Rates über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWCA	England and Wales Court of Appeal
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
ff.	fortfolgende
finn.	finnisch
Fn.	Fußnote
franz.	französisch
GA	Generalanwalt
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GG	Grundgesetz
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
griech.	griechisch
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Gz.	Geschäftszahl
Hg.	Herausgeber
HL	House of Lords
h.M.	herrschende Meinung
HR	Hoge Raad
HRA	Human Rights Act
Hs.	Halbsatz
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly

i.d.F.	in der Fassung
ie	id est
i.e.S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof
insb.	insbesondere
IPR	Internationales Privatrecht
IR	Irish Reports
ital.	italienisch
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter
Jbl.	Juristische Blätter
JCP	Semaine Juridique
Jhd.	Jahrhundert
JR	Juristische Rundschau
JSPTL	Journal of the Society of Public Teachers of Law
jur.	jurisprudence
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KB	King's Bench
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LQR	Law Quarterly Review
lat.	lateinisch
lett.	lettisch
liecht.	liechtensteinisch
lit	litera
lit.	litauisch
LOPJ	Ley orgánica del Poder Judicial
MLR	The Modern Law Review
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NCP	Nouveau Code Pénal
NCPC	Nouveau Code de Procédure Civil
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OEEC	Organisation for European Economic Cooperation
OG	Obergericht
OGH	(öster.) Oberster Gerichtshof

OGHG	OGH-Gesetz
OHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OR	Obligationenrecht
österr.	österreichisch
Pan.	Panorama de Jurisprudence
Pas.	Pasicrisie Belge
PC	Privy Council
PECL	Principles of European Contract Law
PETL	Principles of European Tort Law
port.	portugiesisch
QB	Queen's Bench
RebelsZ	Rebels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privat- recht
RG	Reichsgericht
RGZ	Amtliche Entscheidungssammlung des Reichsgerichts
RHDI	Revue Hellénique du droit international
RheinZ	Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozessrecht des In- und Auslandes
RIDComp	Revue internationale de droit comparé
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RRJ	Revue de la recherche juridique
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RTDCiv	Revue trimestrielle de droit civil
russ.	russisch
s.	siehe
S.	Seite
schweiz.	schweizerisch
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SC	Supreme Court
Sect.	Section
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Slg.	Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
sog.	so genannt
somm.	Sommaires
span.	spanisch
StGB	Strafgesetzbuch
STS	Sentencias del Tribunal Supremo